



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

Politischer Gastbeitrag

Thomas Silberhorn, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung

Außen-/Sicherheitspolitische Herausforderungen:

Ein Krisenbogen spannt sich von der Ukraine über Afghanistan und Libyen bis nach Mali. Anschläge wie die von Straßburg, Kabul und Mogadischu im vergangenen Jahr deuten darauf hin, dass uns der transnationale Terrorismus auch 2019 beschäftigen wird. Vermehrt erwachsen Bedrohungen aber auch aus dem Cyber- und Informationsraum. Der kürzliche Hackerangriff auf Politiker sowie Personen des öffentlichen Lebens zeigt uns unsere Verwundbarkeit im Cyberraum auf. Cyberangriffe und hybride Kampagnen können unsere kritischen Infrastrukturen lahmlegen und auch unsere freien und demokratischen Wahlen beeinflussen. Bisher haben wir das zwar verhindern können, aber wir müssen hier wachsam sein, auch mit Blick auf die anstehende Europawahl in diesem Jahr.

Gleichzeitig sehen wir eine unverändert sehr „robuste“ russische Machtpolitik: Die Krim ist weiterhin völkerrechtswidrig in russischer Hand. Das russische Agieren in Syrien oder kürzlich im Asowschen Meer verdeutlicht die Machtprojektion. Auch China verfolgt den kontinuierlichen Ausbau seiner globalen Rolle, z. B. im Rahmen der „Belt and Road Initiative“ oder durch völkerrechtswidrige Territorialansprüche im Südchinesischen Meer.

Die Analyse unseres sicherheitspolitischen Umfelds führt zu drei zentralen Erkenntnissen: Krisen und Konflikte machen an staatlichen Grenzen nicht halt; sie können von einem Staat allein nicht bekämpft bzw. gelöst werden; ihnen kann nicht allein mit militärischen Mitteln begegnet werden.

Vielmehr bedarf die Bewältigung der heutigen Krisen und Herausforderungen eines umfassenden, vernetzten Ansatzes, der diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische und – wo notwendig – auch militärische Mittel in angemessener Weise und aufeinander abgestimmt einsetzt.

Seit Anfang Januar 2019 sind wir für zwei Jahre nicht-ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat. Das bedeutet: Alle Themen der globalen Politik, die im Sicherheitsrat behandelt werden, verlangen auch Antworten von Deutschland.

Mit Blick auf die EU müssen wir unsere Handlungsfähigkeit entschieden stärken. Dies tun wir, um mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit zu übernehmen und um ein verlässlicher Partner für unsere Verbündeten zu sein.

Der Zusammenhalt in der NATO als transatlantische Wertegemeinschaft ist keine „Selbstverständlichkeit“, sondern muss aktiv erhalten und mitgestaltet werden. Und wir müssen – im wörtlichen und übertragenen Sinne – investieren und so unseren fairen Teil zur Bewältigung dieser Lasten und Aufgaben beitragen. Dabei ist und bleibt die NATO der Eckpfeiler unserer kollektiven Verteidigung und ein zentraler Bezugsrahmen unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

Die NATO hat sich bei sich wandelnder sicherheitspolitischer Lage immer wieder bewährt und dabei ihre Adaptionfähigkeit bewiesen. Wir müssen die Modernisierung der NATO weiter engagiert vorantreiben. Dabei spielt auch die Frage der Lastenteilung eine Rolle. Wir Europäer müssen und werden einen größeren, faireren Teil der gemeinsamen Lasten tragen.

Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Im letzten Jahr haben wir mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, dem Europäischen Verteidigungsfonds und mit der Synchronisierung unserer Verteidigungsplanungen (Coordinated Annual Review on Defense) das Fundament für eine Europäische Verteidigungsunion gelegt. Das bedeutet: künftig effizienter gemeinsam planen, finanzieren und handeln können.

Wir blicken hier auf ein äußerst erfolgreiches Jahr 2018 zurück, haben viel angeschoben und sind mit der Umsetzung in den einzelnen Handlungssträngen ein großes Stück vorangekommen. Dieses Momentum gilt es aufrechtzuerhalten und fortzusetzen. Bei allen Anstrengungen in Richtung einer Europäischen Verteidigungsunion ist es in diesem Jahr wichtig, auch mit Großbritannien weiter eine enge Partnerschaft zu bewahren. Mit der hierzu von beiden Verteidigungsministern unterzeichneten „Joint Vision“ sind wir dabei auf einem guten Weg.

Industriepolitische Herausforderungen:

Wir haben mit den Initiativen zur Stärkung und Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit einen verbindlichen politischen Rahmen für eine effektivere Kooperation in Europa geschaffen. Vor allem aber werden mit dem Europäischen Verteidigungsfonds nun auch die notwendigen finanziellen Anreize für die Zusammenarbeit aufgebaut.

Dies zeigt, dass alle Akteure dasselbe Ziel verfolgen – eine Stärkung der EU als handlungs- und wettbewerbsfähigen Akteur im Verteidigungsbereich. Es wird aber sicher noch Zeit brauchen, bis sich alle Verfahren und Abläufe eingespielt haben – auf europäischer genauso wie auf der nationalen Ebene.

Neben der europäischen Ebene wird Rüstungskoooperation hauptsächlich auf bi- und multilateraler Ebene stattfinden. Jüngste Beispiele sind das Future Combat Air System (FCAS), innerhalb dessen es auch um ein zukünftiges Kampfflugzeug geht, und das Main Ground Combat System (MGCS) als Nachfolger für den Leopard und den französischen Kampfpanzer Leclerc. Dabei ist unser Bestreben, die Vielfalt der Waffensysteme in Europa zu verringern, Interoperabilität zu erhöhen und insgesamt die uns zur Verfügung stehenden Mittel gezielter und effizienter einzusetzen.

Wir bekennen uns zum Erhalt nationaler verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien, dennoch wird der Trend zu mehr gemeinsamer Fähigkeitsentwicklung und -beschaffung Auswirkungen auf die Industrie haben. Die wehrtechnische Industrie wird sich weiter konsolidieren müssen.

Das deutsche wehrtechnische Fundament ist im internationalen Vergleich dem technologischen „High-End“-Bereich zuzurechnen. Insbesondere in Bayern zeichnet sich die Verteidigungsindustrie durch eine exzellente Mischung von global agierenden Systemfirmen und hoch flexiblen, innovativen Anbietern aus dem Bereich der mittelständischen Industrie mit sehr gut ausgebildetem Personal aus. Die bayerische Industrie ist international leistungs- und wettbewerbsfähig. Sie besitzt damit die besten Voraussetzungen, auf die Herausforderungen der Zukunft flexibel zu reagieren.

(München, 11. Februar 2019)